

Es gilt das gesprochene Wort

Haushaltsrede 2015

CDU-Fraktion

Ewald Hanisch, Fraktionsvorsitzender

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
liebe Ratsmitglieder, verehrte Zuhörer,

„Hunderte Millionen entdeckt – Neuer Finanzaufseher im Vatikan berichtet von überraschenden Geldfunden“, so lautete eine Schlagzeile in der Tagespresse vor einigen Wochen.

Um es vorweg zu nehmen – dies ist keiner Fraktion, auch nicht der CDU-Fraktion nicht ansatzweise gelungen. Dabei hat sich meine Fraktion nicht geschont, hat auch kleine und kleinste Haushaltspositionen in teils akribischer Detailrecherche analysiert.

Die Ergebnisse wurden in der Haupt- und Finanzausschusssitzung vor einer Woche erörtert.

Der Berichterstattung über die Haushaltsdebatten in Nachbarstädten ist zu entnehmen, dass letztlich alle Kommunen vor den gleichen Problemen stehen: immer mehr Aufgaben insbesondere sozialer Natur müssen bewältigt werden, bei der finanziellen Ausstattung werden die Kommunen aber im Stich gelassen.

In Berlin sonnt man sich im Glanz eines ausgeglichenen Haushalts, in Düsseldorf werden weiter fleißig Schulden gemacht, die den Spielraum für künftige Haushaltsjahre immer weiter einschränken. Gesamtstaatliche Aufgaben, so etwa für die Eingliederungshilfe oder für die menschenwürdige Unterbringung von Flüchtlingen bleiben zu einem großen Teil bei den Kommunen hängen.

So sind für die Leistungen für Asylbewerber in Brakel etwa 550.000 € eingeplant (ohne Unterkunftskosten, die noch mal gesondert zu Buche schlagen). Seriöse Angaben darüber, wie viel Geld vom Land letztlich zu dieser Aufgabe beigesteuert wird, liegen bisher nicht vor.

In der Vergangenheit wurde dieser Aufwand der Kommunen nur zu etwa 20 – 40 Prozent vom Land refinanziert.

Die Hebesätze der Kreisumlage sind konstant geblieben – wofür den Verantwortlichen beim Kreis Dank gebührt. Der Kreis Höxter erhebt immerhin mit die geringsten Hebesätze in unserem

Bundesland. Gleichwohl steigt die Belastung für die Stadt Brakel allein aufgrund gestiegener Umlagegrundlagen um rund 200.000 Euro. Zusammen mit einem Rückgang bei den Schlüsselzuweisungen des Landes um rund 300.000 Euro und einem verringerten Ansatz bei der erwarteten Gewerbesteuer von 200.000 Euro ergibt sich somit allein bei diesen 4 großen Positionen eine Verschlechterung um mehr als 1,2 Mio Euro.

Diese Situation führt in Verbindung mit weiteren Faktoren schließlich zu einem strukturellen Defizit von rund 2,3 Mio Euro. Ein Haushaltsausgleich ist nur noch mit einem – vermutlich letzten - Rückgriff in die Ausgleichsrücklage zu stemmen. Bereits in 2016 wird dies voraussichtlich nicht mehr möglich sein.

Für das Jahr 2015 hat sich der Rat damit begnügt, die Realsteuerhebesätze auf das Niveau der vom Land unterstellten fiktiven Hebesätze geringfügig anzuheben. Ob eine solch vorsichtige Anpassung auch noch für das Jahr 2016 möglich sein wird, muss aus heutiger Sicht jedenfalls bezweifelt werden.

„Den Letzten beißen die Hunde“, heißt es im Volksmund. Am Beispiel der Eingliederungshilfe, also der Leistungen für Menschen mit Behinderungen wird dies deutlich. Seit Jahren steigen diese Aufwendungen stetig an. Der Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der Träger einer Vielzahl entsprechender Einrichtungen ist, erhöht seine Umlage, die insbesondere von den Kreisen zu erbringen ist, stetig. So hat der Kreis Höxter inzwischen nahezu knapp 30 Mio Euro nach Münster abzuführen. Über die Kreisumlage refinanziert sich der Kreis in einem großen Umfang bei den Städten.

Und was machen die Städte?

Bei wem können sie sich schadlos halten für eine im Grunde gesamtgesellschaftliche Aufgabe?

Dieses Beispiel zeigt das Dilemma kommunaler Politik. Nicht hausgemachte Probleme führen in erster Linie zu den Haushaltsproblemen vor Ort, sondern die mangelhafte schon chronische Unterfinanzierung. Dabei fällt auf, dass Schlüsselzuweisungen nicht im erforderlichen Umfang im ländlichen Raum ankommen. Der Bürgermeister hat in seiner Rede zur Haushaltseinbringung darauf hingewiesen. Es bleibt zu fragen: Ist der Bürger auf dem Land weniger wert als der in der Großstadt? In keinem anderen Bundesland ist die Verschuldung so hoch wie in NRW und in keinem Bundesland erhalten die Kommunen so geringe Staatszuweisungen wie hierzulande.

Was bleibt in einer solch misslichen Situation?

Die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit hat oberste Priorität für die CDU-Fraktion!

Diese Handlungsfähigkeit können wir uns nur erhalten, wenn wir weiterhin sparsam und verantwortungsvoll wirtschaften. Dazu gehört, Investitionen zielgerichtet und mit Augenmaß umzusetzen. Wir werden nicht umhin können, bei der Vielzahl laufender Projekte, Prioritäten zu setzen und einiges von dem, was zwar wünschenswert aber nicht dringend erforderlich ist, zu streichen.

Für das laufende Haushaltsjahr hat die CDU-Fraktion daher beantragt, bei den von der Verwaltung vorgeschlagenen Investitionen Streichungen in Höhe von rund 200.000 Euro städtischem Eigenanteil vorzunehmen.

Weiterhin hat die CDU-Fraktion der Verwaltung das Ziel gesetzt, im Rahmen des Haushaltsvollzugs eine Verbesserung in Höhe von 10 % bei allen Positionen zu erreichen, wo sie nicht durch Gesetze, Verträge oder Ratsbeschlüsse gebunden ist.

Höchste Priorität hat – und ich glaube da sind wir parteiübergreifend einig – eine Weiterentwicklung und Förderung unserer Gesamtschule. Gerade heute Abend erst haben wir erneut von den positiven Anmeldezahlen Kenntnis genommen und sehen, wie sich die Schule schneller füllt, als erwartet.

Im Haupt- und Finanzausschuss hat die SPD beantragt, den kompletten damals geplanten 2. Bauabschnitt mit dem erheblichen Investitionsvolumen von 1,6 Mio Euro sofort zu verwirklichen. Selbst wenn inzwischen nicht mehr dieser gesamte Abschnitt zur Abstimmung steht, kann sich die CDU dem nicht anschließen.

Natürlich sehen auch wir das derzeit günstige Zinsumfeld. Zudem haben sich die Rahmenbedingungen gegenüber den damaligen Ratsbeschlüssen gravierend verändert – eine Finanzierung ohne Kreditaufnahme ist ohnehin nicht mehr möglich. Gleichwohl bleibt zu unterscheiden:

Was ist lediglich wünschenswert und was ist unbedingt erforderlich?

Wenn eine Mensaaufstockung vermutlich schon in 2016 erforderlich wird, können wir dann heute guten Gewissens Mehrkosten von geschätzten 50.000 Euro verantworten, die entstehen, wenn eine Baustelle zum 2. Mal eingerichtet werden, ein Dach geöffnet und später wieder geschlossen werden muss?

Die CDU-Fraktion beantragt daher, im Zuge der laufenden Bauarbeiten die Aufstockung der Mensa, um diese sonst anfallenden Zusatzkosten zu vermeiden.

Meine Damen und Herren,

in Anbetracht der Tatsache, dass noch weitere Reden anstehen, die Tagesordnung zur heutigen Sitzung bereits übertoll und meine Stimme aufgrund einer schon langanhaltenden Erkältung angegriffen ist, möchte ich Sie nicht mehr lange belästigen.

Ich bedanke mich an dieser Stelle beim Bürgermeister und den Mitarbeitern der Verwaltung, insbesondere auch beim Kämmerer Dominik Schlenhardt für die im Vorfeld der diesjährigen Haushaltsplanung erbrachten Vorarbeiten, die Beantwortung einer Vielzahl von Fragen gerade auch von den Neulingen in unserer Fraktion, für die diese Haushaltsverabschiedung die erste in ihrer politischen Karriere ist.

Um es nunmehr kurz zu machen:

Die CDU stimmt dem Haushalt 2015 mit den noch zu beschließenden Änderungen zu.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!